

Alles was Recht ist

Politische Menschenrechte unter der Präsidentschaft Aquino

In den letzten Jahren sind in den Philippinen viele hundert Aktivistinnen/innen von bewaffneten Sicherheitskräften ermordet worden. Die Opfer sind Journalist/innen, Mitglieder politischer Parteien, Kirchenleute, linke Zivilgesellschaftler/innen, Gewerkschafter/innen, Lokalpolitiker/innen oder Landreform- und Antibergrbauaktivist/innen. Bisher ist es in nur wenigen Fällen zu Verhaftungen und Verurteilungen der mutmaßlichen Drahtzieher in Politik, Militär, Polizei oder Großgrundbesitz gekommen.

Maike Grabowski

Als der Sohn der Demokratie-Ikonen Benigno Aquino und Cory Aquino am 10. Mai 2010 zum Präsidenten der Philippinen gewählt wurde, waren die Hoffnung von Menschenrechtsorganisationen inner- und außerhalb des Landes groß, dass sich die Lage der Menschenrechte unter Benigno »Noynoy« Aquino III verbessern würde.

Während der Amtszeit seiner Vorgängerin Gloria Macapagal-Arroyo (Januar 2001 – Juni 2010) registrierte die Menschenrechtsorganisation Karapatan 1.206 Fälle politischer Morde, 206 weitere Personen wurden Opfer von »Verschwindenlassen« (Karapatan 2010). Die Verurteilungsrate bei Fällen so genannter politischer Morde liegt gerade einmal bei 1,05 Prozent (Parreño 2010).

In den überfüllten und schlecht ausgestatteten Gefängnissen sind weiterhin 296 politische Gefangene inhaftiert.¹ Unrechtmäßige Verhaftungen, im Zuge derer es oft zu Folter kommt, wie im prominenten Fall der Gesundheitsarbeiter/innen »Morong 43«, sind an der Tagesordnung.²

Hoffnungsträger Aquino

Unter Benigno Aquino III sollte es anders werden. Immerhin war sein Vater selbst Opfer eines politi-

schen Mordes geworden: Als der Oppositionsführer und Senator Benigno Aquino Junior, am 21. August 1983 erschossen wurde, war »Noynoy« 23 Jahre alt. Dass er nun mit 50 Jahren der 15. Präsident der Philippinen ist, verdankt er auch dem Mythos seiner Familie und der Unterstützung vieler NGOs. Seine Wahlkampfkampagne stützte er auf das Versprechen eines fundamentalen Politikwandels zu mehr Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.

In seiner ersten Regierungserklärung (SONA) versprach er, dass er Gerechtigkeit für die Opfer politischer Morde einfordern und die »Mörder zur Verantwortung ziehen« werde.

Nun ist Aquino seit fast einem Jahr im Amt und die anfängliche Hoffnung ist der Ernüchterung gewichen. Denn obwohl Aquino seinen Willen verkündet hat, außergerichtliche Morde, Zwangsverschwinden und die Straflosigkeit der Täter zu beenden, hat er fundamentale Menschenrechtsverletzungen nicht stoppen können. Seit seiner Amtsannahme am 30. Juni 2010 wurden von der Menschenrechtsorganisation Karapatan 42 neue Fälle außergerichtlicher Morde und zwei Fälle von Zwangsverschwinden dokumentiert (Stand 04.03. 2011). In den meisten Fällen gibt es starke Anzeichen dafür, dass sich die Täter innerhalb der philippinischen Streitkräfte und deren Vertreter befinden. Die Familien und Opfer zahlreicher Morde und Fälle von Verschleppungen warten weiterhin darauf, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Versprechen und angestrebte Reformen

Präsident Aquino hat in seiner Wahlkampagne lediglich zwei konkrete Wahlversprechen ausgesprochen, die sich auf eine Verbesserung der Menschensituation beziehen.

Erstens hat er die Abschaffung der Exekutivorder 546 in Aussicht gestellt. Die Exekutivorder 546, die

Die Autorin ist Koordinatorin des Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen, das von Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt, dem Referat Menschenrechte im Diakonischen Werk der EKD, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Misereor, Missio München, dem philippinenbüro sowie der Vereinten Evangelischen Mission getragen wird. Weitere Informationen unter www.menschenrechte-philippinen.de.

von der damaligen Präsidentin Arroyo im Jahr 2006 erlassen wurde, beinhaltet die praktische Legalisierung von Privatarmeen. Das grausamste Beispiel für den skrupellosen Einsatz und die Eigendynamik solcher Privatarmeen ist das Maguindanao Massaker, bei dem Mitglieder einer Privatarmee am 23. November 2009 53 Menschen im Auftrag des herrschenden Ampatuan-Klans ermordeten.

Doch Aquino rückte inzwischen von seinem Wahlversprechen ab. Eine Abschaffung der EO 546 sei unzeitgemäß und kontraproduktiv; immerhin sei das Militär auf die circa 50.000 bei Bürgerwehren und privaten Sicherheitskräften beschäftigten zivilen Sicherheitskräfte angewiesen (Sisante 2010).³

Zweitens hat er sich für eine umfassende Reform des Justizsystems ausgesprochen. Angesichts der Tatsache, dass im Nationalbudget für 2011 der Posten für die Justiz um fast die Hälfte gekürzt wurde (von vorgesehenen 27,1 Milliarden Pesos auf 14,3 Milliarden Pesos, das sind 0,78 Prozent des Gesamtbudgets), bleibt jedoch fraglich, wie er dieses Wahlversprechen umsetzen will (Punay 2010). Die Ernennung der ehemaligen Leiterin der philippinischen Menschenrechtskommission, Leila de Lima, zur Justizministerin wurde als erster positiver Schritt auf dem Weg zu einer Justizreform gewertet. Jedoch bedarf es größerer finanzieller Mittel und mehr engagiertem Personal, um entschlossenere Initiativen für einen substantiellen Wandel im Justizwesen herbeizuführen.

Betrachtet man die aktuelle Schwerpunktsetzung der Politik in Malacañang wird schnell deutlich, dass es an einer klaren und ernsthaften Menschenrechtspolitik mangelt.

Nicht ein Punkt der aktuellen 16-Punkte Agenda des Präsidenten thematisiert die Problematik von politischen Morden und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Unter den 23 Gesetzesentwürfen, deren Verabschiedung Aquino besondere Bedeutung zumisst (*priority bills*) finden sich lediglich zwei Entwürfe mit Menschenrechtsbezug: Das oft kritisierte staatliche Zeugenschutzprogramm soll gestärkt werden und es soll ein Gesetz zum Schutz und zur Unterstützung von Enthüllungszeugen (*Whistle-Blower*) verabschiedet werden (Cheng 2011).

Positive Reformzeichen

Nicht die gesamte philippinische Zivilgesellschaft zweifelt indes an der Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit des Präsidenten.

Immerhin hat er die lange auf Eis liegenden Friedensgespräche mit der kommunistischen *National Democratic Front* (NDF) und der Moro Islamischen Befreiungsbewegung (MILF) wieder aufgenommen. Diese internen Konflikte, beziehungsweise die mit

ihnen einhergehende Aufstandsbekämpfungsstrategie seitens der philippinischen Streitkräfte, gelten dem ehemaligen UN-Sonderbeauftragten für extralegale, summarische und willkürliche Hinrichtungen, Philip Alston, als eine der Hauptursachen für politische Morde (Alston 2007) (siehe Kasten S. 76).

Außerdem zeichnet sich eine Stärkung des staatlichen Zeugenschutzprogramms ab. Man spricht von einem Paradigmenwechsel innerhalb des Sicherheitssektors mit dem Ziel eines Mainstreamings des »Human Rights Based Approach«. Das Justizministerium hat eine *Task Force* zur Untersuchung aller »extralegalen Hinrichtungen« eingerichtet und das staatliche Beobachtungs- und Beratungsgremium zu Menschenrechtsfragen, das *Presidential Human Rights Committee* (PHRC) arbeitet an einem nationalen Beobachtungsmechanismus zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen (*National Monitoring Mechanism*) und dem letzten Feinschliff eines Nationalen Aktionsplanes für Menschenrechte (NHRAP), der im Juli 2011 vorgestellt werden soll.

Internationale Beobachter, wie der Leiter des von der EU geführten Programms EPJUST (www.epjust.org), Detlev Mehlis, sprechen daher von einem »offenen Fenster« für Veränderungen. Man könne derzeit etwas bewegen und der Rat von internationaler Seite werde kritisch angenommen.

Dieses Fenster wird auch innerhalb der philippinischen Zivilgesellschaft wahrgenommen. Man schwankt dort zwischen verhaltenem Optimismus und ernüchtertem Realismus: Zu oft haben die Menschenrechtsaktivist/innen hier schon erlebt, dass die angekündigten Reformen und neuen Gesetze in der Realität nicht zu der erhofften Verbesserung der Menschenrechtssituation geführt haben. Seit Marcos, so Beobachter, wurden auf keinem Feld der Menschenrechte nennenswerte Fortschritte erzielt.

Hinzu kommt die Einschätzung, dass dem Präsidenten die politische Erfahrung und Durchsetzungsfähigkeit fehlt, um eine ambitionierte und an Menschenrechtsfragen orientierte Politik aus einem Guss zu verfolgen.⁴

Legislative Rahmenbedingungen

Was die internationale und nationale Menschenrechtsgesetzgebung angeht, sind die Philippinen im asiatischen Vergleich vorbildlich.

Das Land hat alle wichtigen internationalen Menschenrechtsmechanismen ratifiziert sowie acht der relevanten internationalen Menschenrechtsgesetzgebungen unterzeichnet.

Fehlt es jedoch an einer respektiven nationalen Gesetzgebung, die die Implementierung des internationalen Rahmens gewährleistet, bleibt das legislative Bekenntnis zu international anerkannten Menschenrechtsstandards leider Makulatur. Internationale

Nichtregierungsorganisationen sowie die relevanten UN-Komitees beschleunigen den Philippinen durchweg die Nichteinhaltung bzw. Verletzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen.⁵

Die Erfüllung einer zentralen Forderung internationaler und nationaler Menschenrechtsorganisationen nach einer Verbesserung der internationalen legislativen Rahmenbedingungen durch Unterzeichnung des römischen Statuts des internationalen Strafgerichtshofes wurde kürzlich von Präsident Aquino auf den Weg gebracht. Anlässlich des Besuches des Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes Sang-Hyun Son am 7. und 8. März 2011 unterzeichnete Aquino das Statut und legte es anschließend dem Senat zur Ratifizierung vor. Durch die Ratifizierung, die laut der Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Loren Legarda, bis Juni 2011 abgeschlossen sein soll, würden sich die Philippinen einer internationalen Strafverfolgung philippinischer Staatsbürger/innen bei Völkermord, Kriegsverbrechen und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit öffnen (Fernandez 2011, Odrionia 2011). Dies könnte ein wichtiger Schritt sein, um die im Lande vorherrschende Straflosigkeit für die Täter solcher Straftaten zu durchbrechen.

Hier bleibt zu hoffen, dass es dem Römischen Statut nicht so gehen wird, wie dem optionalen Protokoll der Anti-Folter-Konvention (OPCAT), das 2008 von der ehemaligen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo zwar unterzeichnet, anschließend aber im Senat eingefroren wurde. Die Unterzeichnung von OPCAT ist unter Aquino wieder ein Stück näher gerückt. Das zuständige Senatskomitee hat am 16. Februar 2011 eine öffentliche Anhörung zur Ratifizierung abgehalten, bei der es, anders als bei früheren Anhörungen, keinen Widerstand von Regierungsstellen gegen eine Ratifizierung gab (APT 2011).

Auf nationaler Ebene wurde Ende 2009 die Verabschiedung zweier Gesetze begrüßt: Zum internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2009 wurde die *Anti Torture Bill*, einen Tag später der *Crimes Against International Humanitarian Law, Genocide and Other Crimes against Humanity Act* (Republic Act 9851) verabschiedet, der Kriegsverbrechen angelehnt an internationales Recht definiert und unter Strafe stellt.

Jedoch ist Papier geduldig und auch der beste rechtliche Rahmen hilft wenig, wenn es an der Umsetzung mangelt.

Als Beispiel hierfür kann das Antifoltergesetz gelten. Bis *Implementing Rules and Regulations* (IRR) zur effektiven Durchsetzung dieses Gesetzes geschaffen wurden, das Folter zu einem eigenen Straftatbestand macht, verging ein ganzes Jahr.

Diese IRR sind nun in Kraft. Die neue Realität scheint aber bei den Sicherheitskräften und den Staatsanwaltschaften noch nicht angekommen zu sein.: Die asiatische Menschenrechtskommission

AHRC berichtet von dem Folterfall des damals 17jährigen John Paul Nerio, der am 10. Dezember 2010 von fünf Polizisten der *Special Weapons and Tactics* (SWAT) Einheit in Kidapawan City grundlos verhaftet und gefoltert wurde. Die zuständige Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Anklage wegen Verletzung des »Gesetzes zum Schutz von Minderjährigen gegen Missbrauch, Ausbeutung und Diskriminierung«, nicht jedoch wegen Verletzung des *Anti Torture Act*. Die AHRC erfuhr von dem Fall und drängte den zuständigen Staatsanwalt, das national vorhandene Gesetz gegen Folter zu nutzen (AHRC 2011).

Durch dieses Beispiel wird deutlich, dass es nach wie vor in eklatantem Ausmaß an der gewissenhafte Umsetzung der bestehenden Gesetze mangelt. Dies ist vor allem den Schwächen in der Exekutive und Judikative geschuldet.

Die Polizei, Dein Freund und Helfer?

In den Philippinen steht weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft in dem Ruf, unparteiisch zu ermitteln und für Gerechtigkeit einzutreten.

Vielmehr ist es ein offenes Geheimnis, dass oft Polizei, Sicherheitsbeamte und Angestellte des Justizwesens in Entführungen, Folter, Drogenhandel, Autoschmuggel und andere Verbrechen verwickelt sind.

Zeugen von politischen Morden oder Opfer anderer Menschenrechtsverletzungen tendieren daher eher dazu, sich dem Schutz kirchlicher oder zivilgesellschaftlicher Organisationen zu unterstellen, anstatt sich an die Polizei zu wenden. Die Gefahr, das Vertrauen in die Polizei mit dem eigenen Leben zu bezahlen, wird oft als zu groß eingeschätzt.

Die Zahlen der philippinischen Menschenrechtskommission (CHR) lassen dieses Misstrauen angemessen erscheinen: Zwischen 2005 und Juli 2009 sind bei der CHR 2.408 Klagen gegen Polizist/innen wegen Menschenrechtsverletzungen eingegangen. Die Verurteilungsrate beläuft sich gerade mal auf 16 Prozent (Estella 2010).

Immerhin scheint der Wille zur Selbstkritik innerhalb der obersten Polizeihierarchie vorhanden: Polizeidirektor General Raul Bacalzo gab öffentlich zu, dass 90 Prozent aller Verhaftungen mit Menschenrechtsverletzungen einhergingen würden und die meisten Polizist/innen ihre Autorität ausnutzen und sich nicht mit Menschenrechtsfragen beschäftigen würden (Caluza 2010).

Dieser offensichtliche Missstand soll durch geänderte Curricula behoben werden, die in Zusammenarbeit mit der Menschenrechtskommission und anderen Institutionen entworfen und durchgeführt werden sollen. Darüber hinaus sollen die Menschenrechtsbüros in jeder Polizeistation gestärkt, trainiert und mit einem Menschenrechtshandbuch ausgestattet

tet werden. Auch sind im Rahmen des polizeiinternen *Integrated Transformation Programme* neue Richtlinien für das Aufnahmeverfahren von Polizeianwärtern verabschiedet worden. So steht neben der körperlichen Fitness (vormals das einzige Aufnahmekriterium) nun auch ein neuro-psychiatrischer Test an. Durch eine massive Imagekampagne und Vertrauen schaffende Maßnahmen planen die Behörden, das fehlende Vertrauen in die Polizei wieder herzustellen.

Aber der Polizei fehlt es nicht nur an Wissen über Menschenrechtsstandards und einer gewissenhaften Umsetzung dieser.

Das vorherrschende Klima der Straflosigkeit hängt auch mit den mangelhaften Ermittlungstechniken zusammen. Das Wissen um die korrekte Sicherung des Tatortes, Spurensicherung, sowie das Auffinden und die Befragung von Zeugen ist rudimentär. In einem Land wo es acht von zehn Ermittlungsbeamten an jeglicher formaler Ausbildung in Ermittlungstechniken mangelt (Suerte Felipe 2011), es in vielen Polizeistationen an einfachsten Equipment – wie Absperrband und Fotokameras – fehlt und die Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungen nicht mit der Polizei zusammen arbeitet⁶, wundert es nicht, dass in vielen Fällen erst gar nicht Anklage erhoben wird. Eröffnete Fälle ziehen sich über Jahre hin, da die Beweislage bei weitem nicht ausreichend ist. Die möglichen Gründe sind recht profan: es wurde unzureichend ermittelt, die Spuren wurden von den Polizeibeamt/innen vor Ort zerstört, mögliche Zeugen wurden nicht befragt. Unzureichende Berichte der Polizei werden von der Staatsanwaltschaft einfach zu Seite gelegt, anstatt um weitere Informationen zu bitten. Kurz: es fehlt an standardisiertem Fachwissen.

Der Leiter des Menschenrechtsbüros der PNP, Superintendent Clarence V. Guinto, gibt sich indes kämpferisch. Es sei sicherlich noch viel zu tun, aber die Polizei sei sich der Herausforderung bewusst und würde die nötigen Reformen in Angriff nehmen. Ob und wann diese sich auch auf der untersten Ebene der schlecht bezahlten Polizeibeamt/innen⁷ bemerkbar machen, bleibt abzuwarten. Ein von der Autorin befragter Polizist in Cotabato City hatte weder von dem polizeiinternen Menschenrechtshandbuch noch von der Existenz eines Menschenrechtsbüros innerhalb seiner Polizeistation gehört.

Justitias Augenbinde

Recht zu bekommen hängt in den Philippinen viel davon ab, ob man über die nötigen Ressourcen – Geld, Beziehungen und Macht verfügt – um seine Rechte auch durchsetzen zu können. In Bezug auf die Exekutive bedeutet dies zum Beispiel, dass es erst gar nicht zur Anklage kommt, wenn Staatsanwälte von einflussreichen und wohlhabenden Personen besto-

chen oder eingeschüchtert werden.⁸ Umgekehrt kommt es zu »erfundenen Anklagen« (*trumped-up-charges*) gegen missliebige Oppositionelle, die in Folge von Diebstahls- oder sogar Mordanklagen mundtot gemacht werden, im Gefängnis landen oder sich über Jahre versteckt halten müssen.

Den Anklägern fehlt es zudem oft an Wissen über neue Gesetze und deren Anwendungsmöglichkeiten.

Auch die Unabhängig- und Unparteilichkeit der Richter/innen ist im philippinischen Justizapparat eher die Ausnahme als die Regel. Wo es an einem funktionierenden Rechtsstaat fehlt und meist Loyalitäten und Seilschaften zu den politischen Machthabern bestehen, kommt es zu einem in hohem Maße personalisiertem Justizsystem, in dem die Institutionen nur für diejenigen bestehen, die Beziehungen haben. Unbestechliche Richter/innen müssen hingegen um ihr Leben fürchten. Seit 1999 wurden über 20 Richter/innen in den Philippinen ermordet.⁹

Opfer brauchen daher eine hohe Frustrationstoleranz, um den Weg durch alle Instanzen zu gehen. Im Falle von politischen Morden dauert ein Strafverfahren durchschnittlich fünf Jahre, zwei Monate und elf Tage (Parreño 2010). Ohne finanzielle Ressourcen ist dieser Kampf um Gerechtigkeit kaum zu gewinnen.

Zudem sind Opfer und ihre Familien während eines Prozesses regelmäßigen Bedrohungen und Belästigungen ausgesetzt. Das staatliche Zeugenschutzprogramm hält nicht, was es verspricht (siehe Kasten S. 79).

Gradmesser für den Erfolg

Die angestrebten Reformpläne und in Angriff genommenen Maßnahmen klingen auf den ersten Blick vielversprechend und ambitioniert. Alle institutionellen und legislativen Fortschritte sind begrüßenswert.

Der wirkliche Gradmesser für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation und die Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Regierung wird allerdings die Anklage und Verurteilung der Täter, sowie der dahinter stehenden Drahtzieher sein, die bis heute nicht zu verzeichnen ist.

Der philippinische Staat muss seine Schutzfunktion über alle anderen – auch über wirtschaftliche und politische – Interessen stellen, um die Menschenrechte seiner Bürger/innen zu wahren und zu garantieren. Weiterhin muss die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen ernsthaft in Angriff genommen werden, um einen Prozess der Versöhnung zu ermöglichen und den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen.

Deshalb empfiehlt das Aktionsbündnis Menschenrechte-Philippinen, einen Zusammenschluss wichtiger Organisationen, die sich für Menschenrechte in den Philippinen einsetzen, Reformen im Justiz- und

Sicherheitssektor. Dazu gehören zügige, transparente und unabhängige Verfahren und eine effektive Kontrolle von Militär und Polizei durch parlamentarische Instanzen.

Ohne die Rehabilitierung der Opfer und/oder ihrer Angehörigen und eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen wird es auch unter der Regierung Aquinos keinen Rechtsstaat geben.

Anmerkungen

- 1) Laut Zahlen von TFDP von September 2010 (TFDP 2010).
- 2) Von Januar bis September 2010 dokumentierte TFDP 56 Fälle illegaler Verhaftungen mit 109 Opfern. 45 dieser 109 Personen wurden in Folge ihrer Verhaftung gefoltert (TFDP 2010).
- 3) Das philippinische Militär hat im weltweiten Vergleich eine der kleinsten Truppenstärke.
- 4) Hier wird vor allem kritisiert, dass Aquino eine ähnlich liberale und auf Freihandel und Auslandsinvestitionen fokussierte Wirtschaftspolitik wie seine Vorgängerin verfolgt, eine Politik die der

Gewährung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten für alle Bürger/innen oft fundamental entgegenläuft.

- 5) So zum Beispiel der Bericht der Weltorganisation gegen Folter OMCT zu der Umsetzung der Empfehlungen der Komitees gegen Folter und des Komitees zu WSK-Rechten der Vereinten Nationen (online unter <http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/docs/infosngos/OMCT2Philippines41.pdf>).
- 6) Laut Superintendent Guinto und dem Leiter der *Task Force Usig*, Policedirector Arturo Cadac, weist eine neue Direktive des Justizministeriums die Staatsanwaltschaften an, bei jeder polizeilichen Ermittlungen mindestens einen Staatsanwalt zur Unterstützung bereit zu stellen.
- 7) Einfache Polizeibeamte verdienen 12.500 Pesos pro Monat (200 Euro). Geschätzte 60 Prozent der Polizeikräfte leben unterhalb der Armutsgrenze. Sie leben in Squatter-Siedlungen und können ihre Kinder nicht zur Schule schicken, so eine aktuelle Studie der UP und der *CORPS Foundation*. Die Hälfte aller befragten Polizisten gab an, keinerlei Ersparnisse zu haben. Diese magere Lebensgrundlage macht Mitglieder der Polizeikräfte anfällig für Korruption, Bestechung und kriminelle Aktivitäten (Adriano 2011).
- 8) In den letzten Jahren sind auch einige Staatsanwälte Anschlägen zum Opfer gefallen.
- 9) Siehe: <http://attylaserna.blogspot.com/2009/01/16-judges-killed.html>

Literatur

- Adriano, Joel D. (2011): *Cops as criminals in the Philippines*. Asia Times, 05.02.2011, online unter http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/MB05Ae02.html
- AHRC (2011): *PHILIPPINES: Torture of a 17-year-old boy at the Women and Children Desk at a police station*. Urgent Appeal. March 18, 2011. Online unter: <http://www.humanrights.asia/news/urgent-appeals/AHRC-UAC-063-2011> und <http://bit.ly/i3nLUY>.
- Alston, Philip (2007): *Promotion and Protection of all Human Rights, Civil, Political, Economic, Social and Cultural Rights, including the Right to Development. Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions. Mission to the Philippines*.
- APT (2011): *The Philippines one step closer to ratifying the OPCAT*. online unter http://www.apr.ch/index.php?option=com_k2&view=item&id=1048%3Aphilippines-opcat&lang=en
- Caluza, Desiree (2010): *PNP chief says 90 % of arrests tainted with rights violations*. Philippine Daily Inquirer, 01.10.2010.
- Cheng, Willard (2011): *Palace set for Ledac meet; 23 bills to be prioritized*. abs-cbnNEWS.com, 27.02.2011, online unter <http://www.abs-cbnnews.com/nation/02/27/11/palace-set-ledac-meet-23-bills-be-prioritized>
- EDTEC (28.07.2008): *Philippines Court dismisses number of writs of amparo*. Online unter <http://www.ediec.org/news/newsitem/article/philippines-court-dismisses-number-of-writs-of-amparo/>
- Estella, Chit (2010): *3,000 AFP, PNP personnel face human rights raps, conviction rate low*. Malaya, 13.12.2010, online unter: www.malaya.com.ph/12132010/news8.html
- Fernandez, Butch (2011): *Senators vow to fast-track ICC ratification*. Business Mirror, 07.03.2011, online unter: <http://www.businessmirror.com.ph/home/top-news/8336-senators-vow-to-fast-track-icc-ratification>
- GMA NewsTv (24.07.2007): *High Court issues writ, orders AFP to produce Jonas Burgos*. Online unter: <http://www.gmanews.tv/story/52464/High-Court-orders-military-to-produce-Jonas-Burgos>.
- Human Rights Watch (2011): *The Philippines. Country Summary. January 2011*. online unter: <http://www.scribd.com/doc/47507001/Human-Rights-Watch-Country-Report-on-the-Philippines-2011>
- Karapatan (2010): *2010 Year-End Report on the Human Rights Situation in the Philippines*.
- Suerte Felipe, Cecille (2011): *8 of 10 cops lack skills-PNP*. Phil. Star, 17.01.2011.
- Odronia, Cris G. (2011): *President ratifies, endorses Rome Statute of ICC to Senate*. Manila Times, online unter: <http://www.manilatimes.net/news/topstories/president-ratifies-endorses-rome-statute-of-icc-to-senate/>
- Parreño, Atty Al A. (2010): *Report on the Philippine Extrajudicial Killings (2001 – Aug. 2010)*. The Asia Foundation, online unter <http://www.scribd.com/doc/37530361/FULL-Report-on-the-Philippine-EJKs-2001-2010>
- Punay, Edu (2010): *Judges to continue protest vs cut in judiciary budget*. Phil. Star, 24.12.2010, online unter <http://www.philstar.com/Article.aspx?articleId=642220&publicationSubCategoryId=>
- Sisante, Jam L. (2010): *Aquino thumbs down abolition of militia forces*. GMA News TV, 23.11.2010, online unter <http://www.gmanews.tv/100days/story/206685/aquino-thumbs-down-abolition-of-militia-forces>
- TFDP (2010): *Ang Matuwid na Daan – The Road Not Taken?* Unveröffentlichtes Papier.
- Torres, Tetch (2007): *Military opposes writ of amparo by missing students' kin*. Philippine Daily Inquirer, 11.06.2007, online unter: http://newsinfo.inquirer.net/breakingnews/metro/view/20071106-99216/Military_opposes_writ_of_amparo_by_missing_students%92_kin
- Task Force Usig (2011): *Task Force Usig Accomplishment Report*. As of February 23, 2011. Unveröffentlichtes Papier.
- Van Voorhis, Bruce (2008): *Deadly Judicial Reasoning*. Asia Pacific Ecumenical News. Online unter: http://www.apenews.org/news_read.asp?nid=167